

Mein Standpunkt

Schweiz – EU: Aufbruch überfällig

HELEN UND PETER SCHAI

Der Volksentscheid zur Personenfreizügigkeit war höchst erfreulich – auch wegen seiner Deutlichkeit. Aber: Die politische Agenda, die viele weit dringendere Themen aufweist, wird stets aufs Neue mittels Referenden und Initiativen mit aussenpolitischen Scheingefechten belastet. Dies ist seit dem unglücklichen Ausgang der EWR-Abstimmung im Jahre 1992 so, ein Ende nicht abzusehen. Auch für unser Land selber noch so wichtige Fortschritte müssen meist in heftigen Abstimmungskämpfen erstritten werden.

WARUM EIGENTLICH lässt sich in unserem Land immer wieder so viel Misstrauen gegenüber der EU mobilisieren? Jede ernsthafte Analyse führt doch zwingend zur respektvollen Anerkennung der ausserordentlichen

Leistungen der Union und ihrer Vorgängerinnen für die Stabilität und Prosperität Europas. Nach der aberwitzigen Abfolge von Kriegen in Europa bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts mit der Kulmination in den Riesentragödien der zwei Weltkriege beschert der Zusammenschluss von immer mehr europäischen Staaten unserem Kontinent (abgesehen von den Rückfällen in frühere Muster der Barbarei auf dem Balkan) eine historisch beispiellose Friedensphase.

VON DEN NEUEN Verhältnissen profitiert die Schweiz in grossem Stil: steigender allgemeiner Wohlstand, stabile wirtschaftliche Verhältnisse mit verlässlichen Handelspartnern, grosse persönliche Bewegungsfreiheit und fruchtbarer grenzüberschreitender Austausch in den Bereichen Bildung, Forschung und Kultur. Diese se-

gensreiche Entwicklung förderte von den Beteiligten viel Disziplin, unbeirrbarer Aufbauarbeit, auch Verzicht. Beispielsweise mussten und müssen die Nettozahler der EU grosse Beiträge für die Förderung der ärmeren Mitglieder aufbringen. Damit werden Spannungen abgebaut und das Risiko gewaltsamer Entladungen reduziert. Es ist billig und paradox, die EU unter Geringschätzung all dieser Leistungen auf eine Bürokratie in Brüssel zu reduzieren, mit der man vorab einmal über alles und jedes feilscht.

DAS VERFAHREN der Bilateralen Verträge ist mühsam, unsicher und unwürdig. Es wird obendrein von Mal zu Mal schwieriger, weil Abkommen mittlerweile die Zustimmung von 27 Staaten benötigen. Wir sind in unzähligen Belangen auf die EU angewiesen und – im ureigenen Interesse – meist

willfährig zu Kooperationen und Konzessionen bereit. Damit besteht die schweizerische Politik gegenüber der EU hauptsächlich aus vorausseilendem Gehorsam und autonomem Nachvollzug.

DER WIRKLICHE AUFBRUCH der Schweiz nach Europa mit Mitwirkung und Mitverantwortung ist überfällig. In diesem Sinne hat Bundesrat Couchepin kürzlich völlig zu Recht ei-

ne Grundsatzdebatte zum Verhältnis Schweiz-EU gefordert. Und wer noch aktuelle Argumente für die Notwendigkeit einer raschen Aufnahme dieser Diskussion benötigt, findet sie in den Vorgängen der vergangenen Monate, die aufzeigten, wie schnell eine auf sich allein gestellte Schweiz in unkomfortable Situationen geraten kann.

DIE AUTOREN

Helen Schai-Zigerlig, ist Basler CVP-Grossrätin und Mitglied der Regionalkommission,
Peter Schai ist ehemaliger Präsident des Oberrheinrates.